**Maßnahmen gegen das Corona-Virus (Tessa Frobenius, 10m)**

Das Corona-Virus ist in aller Munde. Wobei, eigentlich ist es dies nicht. So verwendet beispielsweise Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner dreiminütigen (und auch in der viereinhalb-minütigen späteren) Rede zur Corona-Krise nur ein einziges Mal den Begriff „Corona". Ein vielsagendes „das" reicht mittlerweile aus, damit jeder weiß, worum es geht. „*Das* sind außergewöhnliche Zeiten."
Umso mehr und deutlicher wird über die Maßnahmen gesprochen, die helfen sollen, die Ausbreitung ebendieses Virus′ zu verlangsamen. Schulschließungen, das Verbot, Angehörige in Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen zu besuchen, Verschiebungen von nicht notwendigen Operationen, Absagen oder Verschieben von Veranstaltungen, Kirchenschließungen und das gerade an Ostern, Kontaktverbote oder Ausgangssperren? Im Folgenden sollen einige dieser Maßnahmen erörtert werden.

Alle gegen das Corona-Virus getroffenen Maßnahmen können mit dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) begründet werden, welches die gesetzlichen Pflichten im Umgang mit einer Infektionskrankheit regelt. Es dient dabei als Gefahrenabwehr.
Alle Maßnahmen sollen den Zweck erfüllen, eine Ausbreitung des Corona-Virus′ zu verlangsamen. Ohne schützende Maßnahmen würde sich das Virus exponentiell ausbreiten und nach kürzester Zeit wäre die Anzahl an Erkrankten überschritten, die das deutsche Gesundheitssystem aufnehmen kann. Des Weiteren käme es bei immer mehr Erkrankungen auch zu immer mehr schweren Verläufen der Krankheit, die, vor allem bei Älteren und Vorerkrankten bis zum Tod führen können. Maßnahmen gegen das Corona-Virus, die dessen Ausbreitung verlangsamen sollen, sichern also das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2, Abs. 2, GG). Allerdings greifen sie hierfür in viele andere Grundrechte ein, und sind somit äußerst strittig.
Schulschließungen beispielsweise verstoßen insgesamt gegen das Recht auf Bildung, das laut Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen ein Menschenrecht ist. Wenn den Schülern allerdings Aufgabenangebote beispielsweise zur Vertiefung oder Wiederholung der im Unterricht besprochenen Themen zur Verfügung gestellt werden, wird ihnen die Bildung nicht verwehrt. Disputieren lässt sich hierbei darüber, inwiefern allen Schüler*innen ein Zugang zu den Aufgaben möglich ist. Nicht überall ist ein Zugang zum Internet, über welches die Aufgaben an die Schüler*innen geleitet werden sollen, möglich. Somit wäre es denjenigen, die diese Möglichkeiten nicht besitzen, ungerecht gegenüber, egal nach welchem Prinzip der Gerechtigkeit man argumentiert. Mittlerweile leben wir allerdings in Deutschland in einer sehr vernetzten Welt, in der zwar nicht jedes Schulkind einen eigenen Laptop besitzt, aber doch die Möglichkeiten hat, andere Schüler zu kontaktieren, wenn es sich über gestellte Aufgabenangebote informieren möchte.

Personen die Möglichkeit zu verwehren, ihre Angehörigen in Pflegeeinrichtungen oder Krankenhäusern zu besuchen, greift stark in deren persönliche Freiheit (Art. 2 GG) ein. Doch muss man bedenken, dass sich gerade in ebendiesen Einrichtungen Personen aufhalten, die von einem schweren Verlauf bei einer Erkrankung mit dem Corona-Virus

stark betroffen wären. Alte Menschen sowie Personen mit Vorerkrankungen oder einem geschwächten Immunsystem sind besonders gefährdet und nun einmal auch die Personen, die sich hauptsächlich in diesen Gebäuden aufhalten. Außerdem könnte sich das Virus in diesen Einrichtungen trotz Hygienemaßnahmen schnell verbreiten, da Pfleger*innen, die für mehrere Personen sorgen, das Virus an viele Personen übertragen würden, sobald sie erkrankt wären. Ein Schutz ebendieser gefährdeten Personen geht also damit einher, dass man ihren Kontakt zur Außenwelt abschneidet. Die Freiheit von Personen wird also eingeschränkt, um das Leben von anderen Personen zu sichern. Die Frage, die man sich nun stellen muss ist, was für sich persönlich wichtiger ist. Diese Frage wird auch die anderen Maßnahmen noch betreffen, deshalb später mehr zu meiner persönlichen Meinung dazu.

Noch weiter würden Kontaktbeschränkungen in die persönliche Freiheit eingreifen. Aus medizinischer Sicht sind diese durchaus sinnvoll, da Infektionsketten durchbrochen werden können, wenn die Kontakte mit anderen Personen auf ein Minimum beschränkt werden. „Nur“ durch diese wird sich das Virus nicht ausrotten lassen. So gibt es immer noch zu viele Kontakte zwischen Menschen, die notwendig sind. Aber um ein Verlangsamen des Verlaufs der Kurve von Infektionszahlen zu erreichen, sind Kontaktbeschränkungen oder –verbote sinnvoll. Wieder entsteht aber ein Konflikt zwischen Freiheit und Gesundheit.
Die drastischsten Einschränkungen würden mit Ausgangssperren einhergehen, welche jeden nicht lebensnotwendigen Aufenthalt im Freien untersagen und damit die Freiheit massiv einschränken.

Gearbeitet wird nur noch in überlebenswichtigen Berufen, die Eltern im Spagat zwischen „Homeoffice“ und „Homeschooling“, Schließung von öffentlichen Einrichtungen und schier ausgestorbene Großstädte, Verschiebung von nicht überlebenswichtigen Operationen und Behandlungen. Bis vor Kurzem hätte sich dies wohl niemand vorstellen können, aber nun ist es in vielen Ländern der Welt der Fall. So oder so ähnlich greifen die Staaten in immer mehr Ländern in die Freiheit ihrer Bürger ein, um eine Ausbreitung des Corona-Virus′ zu verlangsamen.
Auch in Deutschland gelten seit dem 22. März 2020 Kontaktsperren, ein Ende ist bisher noch nicht festgelegt. Notwendige Tätigkeiten sind weiterhin erlaubt. Aber insgesamt wurde das Leben auf ein Minimum beschränkt. Die Schulen sind bereits vorher in allen Bundesländern geschlossen worden, nun wurde auch Restaurants und Gastronomiebetrieben, des Weiteren Betrieben, in denen körperliche Nähe zum Berufsbild gehört (wie beispielsweise Frisören) der Betrieb untersagt. Diese Maßnahmen wurden ergriffen, um die Kurve der Fallzahlen abzuflachen, um das Gesundheitssystem auch am Hochpunkt der Pandemie nicht zu überlasten, und um die Menschen zu schützen, die von einer schweren Erkrankung an dem Virus besonders gefährdet sind. Dafür greift man aber massiv in die persönliche Freiheit aller Personen ein und stellt ein ganzes Land vor Herausforderungen. Nicht ohne Grund wird bereits ein paar Tage später die Frage nach einer Wirkung laut und Überlegungen, wann die Beschränkungen denn wieder aufgehoben werden könnten, treten auf.

Meiner Meinung nach liegt an dieser Stelle der entscheidende Punkt. Wie lange dauern die Beschränkungen an? Es ist offensichtlich, dass mit allen ergriffenen Maßnahmen in die persönliche Freiheit eingegriffen wird. Aber dies auch mit dem Grund, damit das Leben anderer zu schützen. Wenn man die Frage theoretisch betrachtet steht man hier vor einem inneren Konflikt. Die Freiheit jedes Einzelnen ist wichtig und sollte gewahrt werden. Aber ebenso das Leben jedes Einzelnen. Es geht vordergründig darum, die Gesundheit und damit das Recht auf Leben von allen zu sichern. Andererseits, und dies geht damit einher, aber auch um die Gleichheit aller Menschen (Art. 3 GG). Denn wenn das Gesundheitssystem so überlastet wird, wie es bereits jetzt in einigen Ländern der Welt der Fall ist, ist es nicht mehr möglich, alle Patienten ihrem Zustand gerecht zu behandeln, ab einem gewissen Punkt auch nicht mehr möglich sie überhaupt zu behandeln. Welcher Mensch ist lebenswerter? Wer verdient es noch, behandelt/beatmet zu werden, mit den Kapazitäten, die noch aufgebracht werden können? Dass Personen, die das Alter von x Jahren überschritten haben erst gar nicht mehr behandelt werden verstößt meiner Meinung nach noch mehr gegen alle Grundrechte als die jetzt getroffenen Maßnahmen, die gelten, um ebendiese Situation zu vermeiden.
Meiner Meinung nach sind die Maßnahmen also in jeder Hinsicht vertretbar. Sie greifen in die Freiheit eines jeden Menschen und damit auch in dessen Grundrechte ein. Aber dennoch sind sie rechtsstaatlich und sichern das Leben und die Freiheit der Menschen.
So weit so gut, wenn man die Maßnahmen in der Theorie betrachtet. Nun aber zur Praxis. Wie lange wird die Gesellschaft sich den Vorgaben beugen? Vor allem jüngere Menschen könnten denken, „Warum darf ich nicht nach draußen, wenn alte Menschen von dem Virus gefährdet sind? Ist das nicht ungerecht?“ Auf ebendiesen Punkt gehen auch die Politiker ein, die in den letzten Tagen erklärten, eine Lösung für die Zeit nach den absoluten Kontaktsperren zu suchen, in der es jungen und gesunden Personen wieder ermöglicht werden soll, sich frei zu bewegen, zu tun, was sie wollen, sprich ihnen nach und nach ihre Freiheit zurückzugeben. Aber ebenso wie die junge Person fragen kann, ob es nicht ungerecht sei, wenn sie zu Hause bleiben müsse, weil ältere Personen von dem Virus betroffen sein könnten, könnten dann auch ältere Personen fragen, ob es nicht ungerecht sei, dass andere sich schon wieder frei bewegen könnten, nur weil sie jünger seien.
Die jüngere Person argumentiert nach der Bedarfsgerechtigkeit. Sie braucht sich nur wenige Sorgen um ihre Gesundheit zu machen und die Wahrscheinlichkeit, dass eine Erkrankung mit dem Corona-Virus für sie tödlich verlaufen würde ist sehr gering. Von diesem Standpunkt aus ist es durchaus nachvollziehbar, dass man es als ungerecht empfindet, in der persönlichen Freiheit eingeschränkt zu werden, wenn man doch selbst nichts zu befürchten hat. Aber diese Personen haben wohl in den letzten Wochen anscheinend nicht einmal eine Rede oder Ansprache verfolgt. Wie oft forderten der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier oder die Bundeskanzlerin Angela Merkel zu Solidarität auf, indem wir Abstand voneinander halten? Außerdem ist diesen Personen wohl das Prinzip der Ausbreitung des Corona-Virus′ nicht ganz klar. Und ehrlich gesagt ist es mir schleierhaft, wie man in diesen Tagen noch denken kann, auf mich selbst komme es ja nicht an. Wenn man beim Thema Klimawandel nicht versteht, dass jeder etwas tun muss und dass dabei auch die Glühlampe einen kleinen Beitrag leistet, die man gegen eine

Energiesparlampe austauscht und versucht diese dann seltener zu benutzen, ist ja irgendwie noch nachvollziehbar. Der Klimawandel ist ein riesiges, komplexes Thema, zu dem Vielen wahrscheinlich auch der Bezug fehlt. Aber die Corona-Krise ist da. Diese kann man nicht mehr leugnen (und wer es versucht wird irgendwann daran scheitern). Und sie ist genau hier. Egal wo man sich befindet.
Meiner Meinung nach wurde oft genug erklärt, dass das Corona-Virus für viele ungefährlich sei, dass diese möglicherweise nicht einmal Symptome zeigen würden. Aber dennoch sind sie Überträger und verbreiten das Virus, das sie in sich tragen mit jedem Schritt weiter. Es ist mir also vollkommen unverständlich, wie sich manche Staats- und Regierungschefs sich in diesen Tagen verhalten, wenn sie immer noch allen die Hände schütteln und im Fernsehen mit eng beieinanderstehenden Personen zu sehen sind. „Für mich ist das Virus doch nicht gefährlich, die ergriffenen Maßnahmen sind ungerecht." So sollte niemand denken. Sie schränken die persönliche Freiheit ein. Aber sie tun dies, um Leben zu schützen. Möglicherweise auch das Leben von den eigenen Familienmitgliedern.

Es ist gut und richtig über ein Ende der Einschränkungen nachzudenken. Diese Krise schwächt die Wirtschaft, schränkt die Grundrechte aller Menschen stark ein, und die Menschen brauchen eine Perspektive, ein Ende, auf das sie sich einstellen und freuen können. Dieses sollte aber nicht so eintreten, dass jüngere, gesunde Personen wieder tun können, was sie wollen, während ältere Personen weiterhin eingeschränkt sind. Es wäre bedarfsgerecht. Aber auf keinen Fall egalitär. Außerdem stellt sich mir beim Gedanken daran die Frage, wie das festgelegt werden sollte. Alle Personen, die älter als sechzig sind bleiben nochmal zwei Wochen zu Hause, bis sich die Lage weiter entspannt hat und alle anderen können wieder machen was sie wollen? Nein, das wäre falsch. Außerdem stelle ich mir folgende Situation vor. Der sechzigste Geburtstag von mehreren Personen wird innerhalb dieser Zeit liegen. Und dann sind sie von einem Tag auf den anderen nicht mehr frei? Eine andere Möglichkeit wäre noch, es vom Gesundheitszustand abhängig zu machen, aber auch dies wäre erstens nicht egalitär und zweitens sehr schwierig umzusetzen. Müsste jeder einen Test machen und je nach Ergebnis dürfte er frei sein oder nicht? Wer sollte diese Tests durchführen? Das ohnehin schon belastete Gesundheitssystem?
Solche Regelungen stelle ich mir äußerst umständlich vor und sie wären in meinen Augen nicht gerecht. Ich denke, viele Personen sind selbst in der Lage einzuschätzen, wie es um ihre Gesundheit steht und wie gefährdet diese von dem Corona-Virus ist. Ein Ende der Maßnahmen sollte ausschließlich von den Fallzahlen und deren Veränderung abhängig gemacht werden. Und dann sollte es auch für alle gleich gelten. Entweder, man erlaubt noch niemandem wieder seinem normalen Alltag nachzugehen, weil ein Ansteckungsrisiko noch zu hoch wäre, oder man ermöglicht dies allen wieder und wenn man für sich persönlich weiß, dass es noch zu gefährlich wäre, könnte man seinen Alltag weiterhin freiwillig einschränken. Ein solches Ende der Maßnahmen sollte aber dann auch erst getroffen werden, wenn die Krise überstanden ist. Wenn also verschiedenste Virologen und Forscher der Meinung sind, dass eine Lockerung der Maßnahmen vertretbar wäre, wenn ein wirksamer Impfstoff gefunden wurde oder ähnliches.

Es mag vielleicht vielen ermüdend erscheinen, nicht zu wissen, wie es weiter geht, die Wirtschaft leidet sehr darunter und auch sonst ergeben sich massive Einschränkungen in allen Bereichen. Doch heute lässt sich noch nicht darüber spekulieren, ob möglicherweise in einer Woche wieder allen Personen unter 40 der Ausgang gewährt werden sollte. Der Punkt liegt bei dieser Pandemie darin, abzuwarten und sich an die Maßnahmen zu halten, denn umso schneller sind sie auch wieder vorbei. Die Maßnahmen selbst sind äußert strittig, da sie in die verschiedensten Grundrechte eingreifen, je nach Standpunkt nicht gerecht sind und die Wirtschaft extrem schwächen und sollten daher nicht zu lange anhalten. Aber dennoch sind sie wichtig und richtig, da sie Menschenleben und entfernt gedacht auch die Gleichheit und Würde der Menschen sichern. Solange festgelegt wird, dass es ein Ende geben wird und im Theoretischen auch wann es ein Ende geben wird (Also beispielsweise kein konkretes Datum zu nennen, aber festzulegen, „wenn die Fallzahlen sich so entwickeln können die Maßnahmen wieder gelockert werden"), sind sie meiner Meinung nach legitim.

Dass die Grundrechte von Menschen eingeschränkt werden, um das Leben anderer zu retten lässt sich grundlegend als Nebenfolge der Maßnahmen zusammenfassen. Eine weitere schwere Nebenfolge ist, dass die Wirtschaft stark unter den Einschränkungen leidet. Des Weiteren haben etwa 500.000 Betriebe Kurzarbeit beantragt, die Arbeitslosigkeit wird wieder steigen.
In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob so massive Einschränkungen überhaupt nötig gewesen wären. Andere fragen sich, ob man nicht noch mehr hätte tun müssen.
Ob die Maßnahmen gegen das Corona-Virus, vor allem die beschlossenen Kontaktbeschränkungen, die Infektionszahlen tatsächlich so weit senken, dass ein normales Leben in einigen Tagen wieder denkbar ist, lässt sich nicht sofort erkennen. Die Statistiken, in denen die Fallzahlen aufgeführt werden spiegeln in der Regel den Zustand von vor 7-10 Tagen wieder, da dies die Zeitspanne ist, die von der Ansteckung mit dem Virus vergeht, bis die infizierte Person in der Statistik auftaucht. Dies bedeutet aber nicht, dass die Maßnahmen erst jetzt wirken. Sie sind nur erst jetzt in den Statistiken zu sehen. Wenn Personen der Kontakt untersagt wird, den sie normalerweise gehabt hätten, wirken die Beschränkungen sofort. Wenn die Zunahme der Fallzahlen in diesen Tagen also sinkt, was sie in kleinen Schritten bereits tut, lässt sich sagen, ob die Maßnahmen wirksam waren. Im Vorfeld hingegen lässt sich darüber nur aufgrund von bisher gesammelten Erfahrungen spekulieren.
Es gibt ein Besuchsverbot in Alten- und Pflegeeinrichtungen und dennoch gibt es immer mehr solcher Einrichtungen, in denen sich das Virus verbreitet. Aber niemand kann sicher sagen, wie die Lage sich entwickelt hätte, wenn es dieses Verbot nicht gegeben hätte, nur, dass es wahrscheinlich schlimmer gewesen wäre und mehr Einrichtungen betroffen wären. Insgesamt trifft der Satz zu, dass man im Nachhinein immer schlauer ist. Möglicherweise lässt sich, wenn die Krise überstanden und das Virus und seine Übertragungswege erforscht sind sagen, dass es vielleicht nicht so weit hätte kommen müssen. Aber, und das sieht man zurzeit in mehreren Ländern allzu deutlich, „Vorsicht ist besser als Nachsicht". Man sollte hierbei versuchen einen möglichst geeigneten Rahmen

für die Vorsicht zu finden. Es ist falsch, nichts zu machen. Aber man sollte auch nicht provisorisch monatelang das öffentliche Leben verbieten. Aber was entscheidend ist, jeder Kontakt zwischen Personen, der nicht stattfindet, ist wirksam. Die Frage ist, wie man diesen erreicht. Ob man an die Vernunft der Menschen appelliert, oder ob drastische Einschränkungen hierfür nötig sind, hängt von der Bevölkerung ab. Effektiv sind alle Maßnahmen, die zurzeit herrschen und jene die diskutiert werden in irgendeiner Hinsicht, da sie auf den Hinweisen von Virologen beruhen. Allerdings werden dafür teilweise drastische Nebenfolgen in Kauf genommen, um die gefährdeten Personen der Bevölkerung zu schützen. Sie wirken recht schnell, vor allem da sie häufig schnell in Kraft treten, ob sie erfolgreich waren lässt sich allerdings erst nach mehreren Tagen erkennen.